Datum: 29. November 2023

Markus Söder, bayerischer Ministerpräsident und CSU-Chef, im Gespräch mit Moritz Küpper

„Sie sind ein Klempner der Macht. Ihnen fehlt jede Vorstellung davon, wie dieses Land sich in den nächsten Jahren weiterentwickeln soll. Sie haben keine Ahnung von dem, was da in den nächsten Jahren auf Sie und auf uns zukommt."

Küpper: Ja, Friedrich Merz an die Adresse von Olaf Scholz. Und am Telefon ist nun Markus Söder, der Ministerpräsident des Freistaats Bayern sowie Vorsitzender der CSU, guten Morgen.

Söder: Schönen guten Morgen.

Küpper: Herr Söder, ist das jetzt, was wir gerade gehört haben, der neue, der aggressive Sound der Union?

Söder: Na, ich glaube, das ist die tiefe Besorgnis darüber, dass die Bundesregierung keinen Plan hatte und ich glaube, auch die große Enttäuschung über diese Regierungserklärung. Und da ist die Union ja nicht allein. Viele Menschen, auch die Medien, viele Verbände, die Wirtschaft haben gestern eigentlich erwartet, dass jetzt ein rhetorischer Wumms oder Doppel-Wumms kommt. Und das Ergebnis war ja praktisch nichts. Nur, dass man die Notlage für 2023 erklärt. Wir hatten es gerade schon im Interview gehört, und dass die Energiepreisbremse ausläuft. Aber sonst war nichts da an Erklärungen. Das war, wie manche Zeitungen schreiben, eine Regierungsverweigerung. Und das ist, glaube ich, diese Enttäuschung darüber, dass überhaupt kein Plan erkennbar war, und dass auch keine Botschaft nach außen kam, die führt auch dazu, dass man das deutlich ansprechen muss.

Küpper: Also spricht aus Friedrich Merz eine Art Verzweiflung?

Söder: Ich glaube, es spricht die Sorge aller, dass diese Bundesregierung, und dass diese Ampel letztlich keinen Plan hat. Schauen Sie, in einer solchen Situation, wo ein verfassungswidriger Haushalt festgestellt wird, einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hätte es zum einen ein Eingeständnis gebraucht zu sagen, okay, da haben wir einen Fehler gemacht. Das war so nicht erkennbar. Es ist aber mehr fast schon eine emotionale, eine Stilfrage. Aber es brauchte dann eine Folge. Was ist jetzt der Weg? Neue Notlagen zu erklären? Schuldenbremse reformieren zu wollen, wie einige Teile der Koalition wollen? Steuern zu erhöhen? Wo will man sparen? Das alles war nicht da. Es war so eine Art Valium, die genannt wurde, nach dem Motto. Seid beruhigt, nichts passiert, ich weiß, wo es hingeht. Und wenn man in der Fernsehdiskussion – ich habe ja nur das Fernsehen so gesehen, auch im Fernsehen übertragen – die Gesichter der Ampelparteien gesehen hat, da war das gleiche lähmende Entsetzen und Enttäuschung zu spüren wie bei fast allen anderen.

Küpper: Aber muss man da nicht gerade in so einer Lage sich als, ja, seriöse Alternative präsentieren? Also, durch Aggressivität gewinnt man doch kein Vertrauen, kein Zutrauen in das eigene Handeln.

Söder: Na ja, zunächst mal gewinnt man kein Vertrauen, indem man keinen Plan hat. Und vor allem in einer solchen Krise, ich glaube, das ist der Unterschied übrigens auch gerade zu der Corona-Zeit, die ja eigentlich viel schwerer war, die eigentlich viel mehr Einschränkungen hatte. Dies ist ja jetzt keine Staatskrise, die von außen kommt, sondern von innen heraus durch das Handeln der Ampel. In der Zeit haben Bundeskanzlerin Angela Merkel, teilweise auch ich, versucht mit sehr viel auch Kommunikation zu erklären, um was es geht. Klappt nie ganz perfekt. Ist nie hundertprozentig sicher. Aber es hat damals schon die Menschen mitgenommen. Und dies fehlt bei der Ampel grundlegend. Man merkt ja auch die innere Zerstrittenheit der Pläne. Das hat der Korrespondent ja gerade sehr ausführlich auch beschrieben. Und dass man zwei Wochen fast oder eine Woche Zeit braucht und dann nicht einmal irgendeine Botschaft hat, das zeigt nur, dass die Regierung eigentlich nicht mehr regierungsfähig ist. Und es bräuchte eine Vertrauensfrage, eine Vertrauensfrage aber vor der deutschen Bevölkerung. Und damit, ich bleibe dabei, Neuwahlen wären der richtige Weg, um das zu klären.

Küpper: Das haben Sie ja schon vorgeschlagen. Aber ist das wirklich ein realistisches Szenario? Wie soll das Ganze denn klappen? Wie sollen wir zu Neuwahlen kommen?

Söder: Na ja, zunächst einmal ist ja klar, dass diese Regierung selbst innerlich keine Mehrheiten hat. Hat ja auch keine Kraft mehr. Was ist denn jetzt das Ziel? Also, aus meiner Sicht wäre doch ganz klar, dass man nicht nur jetzt neue Haushaltstricks anwendet und nicht nur versucht, irgendwie da über die Runden zu kommen, sondern man braucht eine neue Idee, einen Plan für Deutschland – einen echten Deutschlandplan. Und der sähe so aus, dass man zum Beispiel statt Energiepreissubventionen eine andere Energiepolitik bekommt, mit Wiedereinsatz der Kernenergie, mit eigenem Fracking-Gas, anstatt beides teuer vom Ausland zu beziehen. Keine Steuererhöhungen, wie die Gastro, die ja erhöht wurde, wo Essen teurer wird und Betriebe kaputtgehen, sondern eher moderate Steuerpolitik für den Mittelstand und die Unternehmen, statt nur Einzelinvestitionen zu machen. Die ganzen Staatsinvestitionen, die nur gemacht werden. Und Drittens tatsächlich mit dem Bürokratieabbau ernst zu machen und diese ganzen Verbandsklagen zu streichen. Wenn das käme, dann gäbe es auch einen neuen Schwung in der Ampel. Da das aber nicht kommt und es zu einem Wursteln oder Hinsiechen ist, wird über kurz oder lang – meine Prognose – diese Regierung nicht halten und daran zerbrechen. Dann wird eine der Parteien aus der Regierung ausscheiden – vielleicht sogar die FDP. Es gibt einen Mitgliederentscheid. Dann gibt es keine Mehrheit, muss der Bundeskanzler eine Vertrauensfrage im Parlament stellen. Da bekommt er keine Mehrheit mehr und schon geht es in Richtung Neuwahlen.

Küpper: Aber dann würde der Bundespräsident ja wahrscheinlich – wir spekulieren – aber eher die Union auffordern, in eine Große Koalition einzutreten. Sie haben ja auch dieses Szenario, die Große Koalition, dann schon sozusagen vorhergesagt als Ergebnis dieser Neuwahlen.

Söder: Ja, vor zwei Monaten oder was hätte ich das auch für wahrscheinlich gehalten. Ich hatte eigentlich gehofft, dass der Bundeskanzler dann auch diese Idee vom Deutschlandpakt ernst nimmt. Das war ja so eine Chance. Das war ja so ein Moment, wo es ein Gespräch gab und dieses Gespräch im Kanzleramt gab, war gutes Essen, aber das war es wohl. Danach gab es null, wirklich null Interesse an einer ernsthaften Zusammenarbeit.

Küpper: Hätten Sie das denn gemacht, befürwortet als Union, als CSU-Parteivorsitzender, eine Große Koalition unter der Regierung der SPD?

Söder: Wenn der Bundeskanzler vor zwei Monaten gesagt hätte, ich schmeiße Grüne und FDP raus, weil auch der Widerspruch zwischen beiden ja die Ampel lähmt, ja. Verstehen Sie? Das ist ja auch dieses … die können ja auch überhaupt nicht miteinander, inhaltlich. Vielleicht menschlich, das kann ich nicht beurteilen, aber inhaltlich passt es ja überhaupt nicht zusammen. Das lähmt und blockiert ja auch die Regierung. Ist ja nur mit enorm viel Geld sozusagen überdeckt worden. Das ist ja … das Grundproblem dieser riesigen Fonds ist ja: Jeder bekommt, was er will, damit irgendwie alle glücklich werden. So ein Gemischtwarenladen der Eitelkeiten und Hoffnungen. Deswegen hätte man zu so einem Zeitpunkt sagen können, okay, jetzt ist zumindest für eine Übergangsphase darin ein Weg zu finden. Aber das Vertrauen in den Bundeskanzler selbst ist ja in den letzten Wochen fundamental erodiert, und zwar bei uns allen. Bei der Bevölkerung, auch bei Ihren Kolleginnen und Kollegen aus den Medien. Die Leute fragen sich: Ja, was ist denn da überhaupt noch die Idee? Wo liegt denn die Kraft? Wo liegt denn das Machtwort? Verstehen Sie? Wo liegt denn die Richtlinienkompetenz? Gestern hat man nichts gespürt. Und das frustriert die Deutschen. Das macht die Menschen unsicher. Und ganz ehrlich gesagt, es lähmt auch unser Land. Und dass Deutschland vom starken Land, das andere quasi in Europa mitanleiten kann, mitführen kann, jetzt zum Sorgenkind geworden ist, das ist schlimm.

Küpper: Aber, Herr Söder, einig ist sich die Union ja auch nicht, wie umgehen mit der Schuldenbremse. Friedrich Merz hat zwar gestern betont, dass die Unionsfamilie da einig sei, man werde an die Schuldenbremse nicht rangehen. Das ist auch Ihre Position. Dennoch, die Stimmen in Ihrem Lager, die mehren sich ja. Beispielsweise hat Herr Wegner, der regierende Bürgermeister von Berlin, jetzt auch noch mal nach dieser Debatte gesagt, für ihn sei klar, für Zukunftsinvestitionen sei eine Reform der Schuldenbremse dringend erforderlich. Bleiben Sie bei Ihrer Haltung, es wird an die Schuldenbremse nicht rangegangen?

Söder: Also, für die CSU kann ich sagen, da gibt es keine Zweifel. Wir glauben, dass die Schuldenbremse wichtig ist. Ich habe gestern ein Interview im „heute Journal“ gehört von einem der Väter, einem der Professoren der Schuldenbremse, der es auch

noch mal betont, dass sie ein wichtiges Instrument ist, die ja auch Spielräume lässt, wie man jetzt ja sieht mit der Notlage. Die Schuldenbremse aufzugeben, in eine neue Schuldenspirale einzusteigen, würde übrigens nicht neue Zukunftsinvestitionen ermöglichen, sondern am Ende wieder die Hauptlast auf die Zinsfrage sehen. Bei den angestiegenen Zinsen, die jetzt sind, müssen wir ohnehin mit enormen Zinszahlungen der nächsten Jahre rechnen für die jetzt schon getätigten Schulden bei der Ausnahme der Schuldenbremse. Das jetzt also sozusagen zu potenzieren, würde alle vor Probleme stellen. Ich verstehe Bundesländer, die schwierige Haushaltssituationen haben. Ich weise mal darauf hin, dass wir in Bayern das trotz alledem irgendwie hinkriegen, obwohl wir noch jedes Jahr zehn Milliarden Länderfinanzausgleich zahlen - übrigens auch an einige der Länder, die jetzt in Sorge sind, ob die Schuldenbremse nicht aufgelöst wird. Also, ich glaube, dass es tatsächlich sinnvoll ist, an der Schuldenbremse festzuhalten. Und im Deutschen Bundestag wird es keine Zweidrittel-Mehrheit geben. Da steht die Unionsfraktion CDU/CSU sehr deutlich und klar positioniert. Und damit kann es auch keine Änderung bringen.

Küpper: Auch gegen die Länderfürsten?

Söder: Bitte?

Küpper: Auch gegen die Länderfürsten dann? Gegen Wüst, Haseloff?

Söder: Ja, der Bundestag entscheidet ja zunächst mal in eigener Verantwortung. Sollte es in der CDU Änderungen geben, muss es die CDU beschließen. Die CSU jedenfalls bleibt bei ihrem klaren Pro-Schuldenbremse und gegen eine Abschaffung oder eine Aufweichung der Schuldenbremse, die nichts anderes bedeutet als den Einstieg wieder in den Schuldenstaat.

Küpper: Das heißt, Sie würden dann auch den Schritt, eine weitere Notlage dann auch für das kommende Jahr zu erklären, auch nicht mitmachen und dagegen klagen?

Söder: Na, die Notlage ist ja ein Instrument der Schuldenbremse. Also, das ist, glaube ich, auch wichtig, dass man das noch mal sagt.

Küpper: Aber man würde sie ja aufweichen, wenn man immer wieder Notlagen erklärt einfach.

Söder: Das hat der Professor, der im „heute Journal“ war, noch mal gesagt. Na ja, die Situationen sind ja eine Ausnahme. Schauen Sie, ich habe dem Christian Lindner, ich ganz persönlich habe dem Christian Lindner geraten, statt diesem Konstrukt „ich halte die Schuldenbremse und mache einen Schattenhaushalt“, das verfassungswidrig dann war, das Konstrukt, hatte ich ihm geraten: Natürlich kannst du, natürlich kann man in einer Situation im letzten Jahr wie Ukraine, Unabhängig-machen vom russischen Gas, den Ausnahmesituationen, kann man das schon begründen. Und es ist auch noch, wenn man es nach der Corona-Zeit jetzt macht, nicht automatisch ein Problem. Nur, die Notlage zu erklären, weil man in Notlage durch das Verfassungsgericht kommt, das ist eine echte Herausforderung. Und das ist auch das, was verfassungsrechtlich schwierig ist. Ob gegen eine solche Noch-mal-Ausrufung der Notlage 2024, ob das Bundesverfassungsgericht das akzeptieren würde, ob wir klagen würden, das ist noch nicht abschließend entschieden, zumal auch die Bundesregierung selber uneins ist. Ich habe die FDP so verstanden, dass sie das ablehnt.

Küpper: Dann ganz knapp. Aus welchem Grund könnte man denn eine erneute Notlage …

Söder: Auch das muss die Bundesregierung sagen. Im Moment gibt es eine objektive Notlage, nämlich eine Notlage der Ampel. Dies ist aber kein verfassungsrechtlich zwingender Grund für das Aussetzen der Schuldenbremse.

Küpper: Sagt Markus Söder, der Ministerpräsident des Freistaates Bayern sowie Vorsitzender der CSU heute Morgen hier live im Deutschlandfunk. Ich danke Ihnen für das Gespräch.

Söder: Sehr gerne.